Preis 10 ₰

Hamburger Echo

Hamburg-Altonaer Volksblatt

Gegründet 1875

Erscheint täglich einmal, außer an 2. Feiertagen. **Bezugspreis,** im voraus zahlbar: Monatlich **2,50 ℳ** (einschl. **56 ₰** Zustellungsgebühr), wöchentlich **60 ₰** (einschl. **13 ₰** Zustellungsgebühr). Für Abholer wöchentlich **55 ₰**. Durch die Post zu gleichen Bezugspreisen zuzüglich Bestellgeld. Redaktion: Fehlandstr. 11, I. Fernspr.: Sammel-Nr. C 5 Stephan 1701, Nachtruf C 5 Stephan 2321 u. 3503. Verantw. Redakteur: **P. Bugdahn, Altona.** - - Buchhandlung: Kaiser-Wilhelm-Straße 14/16, Fernspr. C 5 Stephan 5339. Druckereikontor: Fehlandstr. 11, I. Fernspr.: Sammel-Nr. C 5 Stephan 1831. Nachtruf C 5 Stephan 3032 und 3683.

Anzeigenpreise verstehen sich in Reichsmark, die 13gespaltene Nonpareillezeile **45 ₰**. **Private Familienanzeigen 30 ₰**. **Stellenangebote 35 ₰**. **Stellengesuche 25 ₰**. **Kleine Anzeigen** bis 9 Zeilen die Zeile **30 ₰**, 10 bis 15 Zeilen die Zeile **35 ₰**. **Reklamezeile 3,50 ℳ**. Anzeigen müssen im voraus oder sofort bezahlt werden. **Anzeigenannahme** Fehlandstraße 11, Hochpart., Fernsprecher: Sammelnummer C 5 Stephan 1831, Nachtruf C 5 Stephan 2461 **(bis 6 Uhr abends für den folgenden Tag),** in den Filialen (bis 3 Uhr) und in allen Annoncenbüros. Platz- und Datenvorschriften unverbindlich.

Nummer 283 | **Montag, 13. Oktober 1930** | **56. Jahrgang**

Vor einem Metallarbeiterstreik in Berlin

Schiedsspruch von Metallarbeiter-Funktionären einstimmig abgelehnt

Heute Streikabstimmung

CNB. Berlin, 12. Oktober.

Die freigewerkschaftlichen Funktionäre der Berliner Metallbetriebe haben Sonntag vormittag in einer Versammlung von etwa 1000 Personen zu dem Schiedsspruch des Schlichters, durch den die Löhne der Metallarbeiter ab 3. November um 8 bzw. 6 % herabgesetzt werden sollen, Stellung genommen. Nach einem Bericht des Vertreters des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Max Urich, über die Lohn- und Schlichtungsverhandlungen und nach eingehender Aussprache wurde in einer Abstimmung der Schiedsspruch einstimmig abgelehnt. Ferner billigten die Funktionäre den Vorschlag, am Montag in den Betrieben der Berliner Metallindustrie eine Urabstimmung über den Eintritt in den Streik vorzunehmen. Zu dem Ergebnis der Urabstimmung, das nach der Funktionärkonferenz aller Voraussicht nach einen Streikbeschluß bedeuten wird, nehmen am Dienstag früh die Obleute der Funktionäre in den einzelnen Betrieben Stellung. Von den weiteren Beschlüssen wird es dann abhängen, ob die Arbeitsniederlegung beschlossen wird. Daß mit hoher Wahrscheinlichkeit mit einem Streikbeschluß zu rechnen ist, geht aus einer Reihe von Anträgen hervor, die in der Diskussion zur Debatte gestellt wurden und in denen man verlangte, die Funktionärkonferenz solle sofort einen Streik beschließen, ohne die Betriebe erst noch in einer Urabstimmung zu hören. Eine Abstimmung über diese Anträge fand jedoch nicht statt, weil sie den statutarischen Bestimmungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes widersprechen, die vor einem Streikbeschluß eine Befragung der Betriebe verlangen.

*

Schweres Unheil droht

Der durch den Zwangsschlichter Dr. Völkers im Berliner Metallarbeiterkonflikt gefällte Schiedsspruch hat durch seine Härte allgemein überrascht. Die Praktiker rechneten noch bis zum letzten Augenblick mit einer Verlängerung der alten Tarifverträge. Sie wurden enttäuscht. Der Schiedsspruch mutet einer Arbeiterschicht, die an sich bereits schwer unter der Last der Krise leidet, eine unerhörte und auch untragbare Lohnreduzierung zu, und zwar in einem derartigen Ausmaß, daß sich im weiten Lager der Wissenschafter und Praktiker auch keine einzige Stimme fand, die den Bestrebungen der Scharfmacher in der Berliner Metallindustrie nach Lohnabbau gebilligt und zugestimmt hätte. Was sich für einen Lohnabbau einsetzt, das sind engstirnige und engherzige Interessenten.

Es ist bekannt, daß gewichtige Namen in der Berliner Metallindustrie sich von Anfang an gegenüber den Lohnabbaubestrebungen ablehnend verhielten.

Der von Dr. Völkers gefällte Spruch ist ein sozial- und wirtschaftspolitischer Unfug. Hinsichtlich der innerpolitischen Lage in Deutschland betrachtet, ist der Spruch ein Unheil. Ob Reichsarbeitsminister Stegerwald diesen Spruch billigen wird? Wie dem auch sei, die Berliner Metallarbeiterschaft dürfte sich am Montag in der Urabstimmung zweifellos mit überwältigender Mehrheit gegen den Spruch entscheiden.

Die Scharfmacher in der Berliner Metallindustrie haben erklärt,

daß der Berliner Lohnabbau richtunggebend für einen allgemeinen Lohnabbau sein soll.

Wir können nur warnen, diesen Tendenzen zu folgen. Der von Dr. Völkers gefällte Schiedsspruch beruht allem Anschein nach auf der verfehlten Auffassung von einigen weltfremden Richtern im Reichsarbeitsgericht, die niemals in einer Schlichterkammer gesessen haben, die sich niemals über die wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen ihres Spruches klar geworden sind und die dem verständigen Gesetzgeber in unerhörter Weise in den Arm fielen.

Die Dinge im Berliner Metallarbeiterkonflikt lagen doch so, daß sich im Lager der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer mittlerweile die Ueberzeugung herausgebildet hatte, daß es besser sei, die alten Tarife vorerst zu verlängern und den Streik um den Lohnabbau zu vertagen. Strittig war nur, wie lange man verlängern sollte. Der Schlichter Dr. Völkers konnte hier keine Mehrheit für einen Spruch zustande bringen. Nach dem Gesetz kann er mit seiner Stimme entscheiden. Die Ausführungsverordnung zur Schlichtungsverordnung sieht das im § 21 Absatz 5 Satz 4 ausdrücklich vor. Der Schlichter wollte sich aber wahrscheinlich der Gefahr nicht aussetzen, daß der Spruch, der mit seiner Stimme gefällt ist, hinterher für ungesetzlich erklärt würde (wie seinerzeit im Nordwest-Konflikt). So scheint sich die Möglichkeit einer Verlängerung der alte Tarife zerschlagen zu haben.

Da Völkers — sonst hätte man ihn ja wahrscheinlich nicht als Zwangsschlichter von Bremen nach Berlin geholt — für seine Person für den Lohnabbau eingestellt war, und da sich die Arbeitnehmer, wie man annehmen kann, glatt gegen einen Lohnabbau erklärten, erhielten die Unternehmervertreter mit ihrer Forderung nach Lohnabbau Oberwasser.

Wirtschaftsinstinkt und politischer Scharfblick erfordern, daß in die durch den Völkersschen Spruch in Berlin geschaffene Lage unverzüglich eingegriffen und jede Chance ausgenutzt wird, um Unheil zu verhindern.

Heute Eröffnung des neuen Reichstages

Drei Mißtrauensanträge

Von Hitler, Thälmann und Hugenberg

SPD. Berlin, 13. Oktober.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion beschloß am Sonntag, ebenfalls gegen die Regierung Brüning ein Mißtrauensvotum einzubringen. Damit liegen jetzt gegen das Kabinett drei Mißtrauenvoten vor und zwar je eines von den Nationalsozialisten, den Kommunisten und den Deutschnationalen.

*

CNB. Berlin, 13. Oktober.

In politischen Kreisen sieht man der heutigen Eröffnung des Reichstages mit Spannung entgegen. Auf der Tagesordnung steht zwar nur die Konstituierung, trotzdem kann die Sitzung recht dramatisch werden, zumal die 77 Kommunisten und die 107 Nationalisten in ihren verbotenen Uniformen auftreten wollen.

Die kommende Woche wird für die Politik der nächsten Zeit von entscheidender Bedeutung sein. Der deutschnationale Mißtrauensantrag enthält keine Motivierung, da die Deutschnationalen verhindern wollen, daß er unter Hinweis auf eine Begründung abgelehnt wird. Dennoch rechnet man in parlamentarischen Kreisen damit, daß die Mißtrauensvoten gegen das Gesamtkabinett keine Mehrheit finden. Als kritischer beurteilt man die Möglichkeit, daß auch Mißtrauensanträge gegen einzelne Minister eingehen.

Volkspartei drängt auf Lohnabbau

Der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, hat mit den benachbarten Gruppen Fühlung genommen. Er dürfte dabei festgestellt haben, daß die Volkskonservativen und die Christlichsozialen dem Sanierungsprogramm zustimmen, während das Landvolk es ablehnt und die Wirtschaftspartei noch keinen festen Standpunkt erkennen läßt. Die Stimmung in der Volkspartei gegenüber dem Sanierungsprogramm ist vorsichtig. Der am Freitag eingesetzte Ausschuß dürfte beantragen, daß dem Kanzler noch eine Reihe von Fragen vorgelegt werden, die sich namentlich darauf beziehen, wie das Kabinett sich die Lösung des Problems des Lohnabbaues im Rahmen der Preissenkungsaktion denkt, mit welchen Maßnahmen es ferner die Reform der Arbeitslosenversicherung durchführen will und wie die Senkung der Ausgaben bei den Ländern und Gemeinden erreicht werden soll. Dazu kommt noch eine Reihe anderer Fragen und Vorschläge. Von ihrer Beantwortung und dem Inhalt der Regierungserklärung wird die Deutsche Volkspartei ihre Stellungnahme abhängig machen.

Von besonderem Interesse ist natürlich auch

die Haltung der Sozialdemokratie.

Wie von führender sozialdemokratischer Seite versichert wird, dürfte die überwiegende Mehrheit der Fraktion eine Politik der Besonnenheit treiben, wie sie auch gestern in einem Artikel von Otto Braun proklamiert wurde, um ein Abgleiten in faschistische Regierungsformen zu verhindern.

In diesem Zusammenhang wird von einem rechtsstehenden Berliner Montagsblatt der Konflikt in der Berliner Metallindustrie erwähnt. Das Blatt will wissen, daß der Schiedsspruch nicht für verbindlich erklärt, sondern abgeändert werde. Das sei der Preis dafür, daß die Sozialdemokratie der Regierung im Reichstag keine Schwierigkeiten mache. Diese Darstellung des Montagsblattes muß als reine Kombination bezeichnet werden. Die Entwicklung, die die Lage in der Metallindustrie nehmen wird, läßt sich heute noch nicht übersehen.

Reges Leben im Reichstagsgebäude

Im Reichstagsgebäude herrscht bereits seit den frühen Morgenstunden reges Leben. Ein großer Teil der Fraktionen ist zu Sitzungen zusammengetreten. Die sozialdemokratische Fraktion tritt um 1 Uhr nochmals zu einer kurzen Beratung zusammen.

Das Interesse an der Eröffnung des neuen Reichstags ist außerordentlich groß. Hunderte von Menschen belagern die Eingangstüren bereits seit 6 Uhr morgens, um Einlaß zu begehren. Nur wenige haben Karten erhalten. Viele der Neugierigen sind sogar von auswärts nach Berlin geeilt.

Dr. Scholz an Stelle Löbes?

Zu der Frage der Wahl des Reichstagspräsidenten kündigen die Nationalsozialisten an, Löbe nicht wiederwählen zu wollen. Auch die Kommunisten wollen nicht für ihn stimmen. Außerdem verlautet, daß auch Wirtschaftspartei, Landvolk und auch Deutsche Volkspartei keinen Sozialdemokraten zum Präsidenten haben wollen und nach einem rechtsorientierten Parlamentarier Ausschau halten, der als Gegenkandidat aufgestellt werden soll. Man spricht davon, daß der Volksparteiler Dr. Scholz geneigt sein soll, gegen Löbe in die Arena zu steigen.

Es heißt weiter, daß die Haltung der Mittelparteien davon abhängen wird, ob Löbe bereit sein würde, mit einem nationalsozialistischen Vizepräsidenten zusammenzuarbeiten. Jedoch ist es zur Zeit nicht möglich, zu prophezeien, wer aus den „Kampfwahlen" als Präsident hervorgehen wird.

In den Mittagsstunden wird der Aeltestenrat zusammentreten, der vielleicht eine Klärung dieser Frage bringen wird.

Wie das VDZ.-Büro hört, wird der Reichstag bei Beginn seiner Arbeiten eine neue Fraktion vorfinden, da der Zusammenschluß des Christlich-Sozialen Volksdienstes, der 14 Mitglieder, also keine Fraktionsstärke hat, mit den Deutsch-Hannoveranern mit 3 Mitgliedern und der Konservativen Volkspartei mit 5 Mitgliedern, zu Beginn der ersten Sitzung erfolgt sein soll, so daß diese Fraktionsgemeinschaft über eine Stärke von 22 Mitgliedern verfügt.

Große Spannung in Paris

SPD. Paris, 12. Oktober.

Die Eröffnung des neuen Reichstages wird in der gesamten Pariser Presse mit höchster Spannung und Besorgnis erwartet. Es handelt sich nach der allgemeinen Ansicht der Blätter nicht nur um die Existenz des Kabinetts Brüning, sondern um das Schicksal der deutschen Demokratie überhaupt. An sich sei es schon ein schweres Kunststück, so schreibt das Journal, mit einem Reichstag zu regieren, dessen eine Hälfte nicht nur jeder Regierung und jedem Gesetzesantrag, sondern auch dem parlamentarischen System überhaupt feindlich gesinnt sei. Bezeichnend genug sei es, daß die antiparlamentarische Opposition die erste Sitzung zu einer karnevalistischen Parade in roten und braunen Hemden mißbrauchen wolle. Dazu komme aber, sagt der Petit Parisien, daß die demokratische andere Hälfte des Reichstages nicht nur in Uneinigkeit zersplittert sei. Die bürgerlichen Mittelparteien schienen nur allzusehr geneigt zu sein, mit den Hitler-Wölfen zu heulen. Vielleicht gelinge es aber doch, schließt das Blatt, eine knappe Mehrheit zusammenzustoppeln, die wenigstens die Annahme der „Sparkanerkur" Brünings sichern könnte.

Bülows Selbstentblößung

Seine Denkwürdigkeiten

Le roi me reverra! (Der König wird mich wiedersehen) soll der aus dem Amt scheidende Bismarck gedroht haben. Bülow verkniff sich den Zorn, aber bestimmt erwartete er den Ruf: Sei wieder Schiffsführer! Sorgfältig hat er in seinen Schriften zur deutschen Politik die Empfindlichkeiten Wilhelms II. geschont, aber der ersehnte Ruf drang nicht an sein Ohr. Nun übt er Rache aus dem Grabe; an seinen Nachfolgern läßt er keinen guten Faden: Bethmann hat „Deutschland an das Narrenschiff der Wiener Diplomatie gefesselt", sie „ließen uns von Oesterreich das Leitseil überwerfen und wegen Serbien in einen Weltkrieg hineingehen"; „leichtfertig und kopflos, ungeschickt vor allem, hatten wir den Wienern eine unbedachte und unbegrenzte Blankovollmacht erteilt". Immer wieder wird das Urteil abgewandelt, und immer wieder der gute, liebe, edle, geniale Kaiser gestreichelt, der freilich in seiner Impulsivität oft und schlimm daneben griff — aber warum hielt ihn der Reichskanzler nicht strammer an der Kandare? Jedoch dieses Streicheln, es ist Katzenfreundlichkeit; hat er ein volles Glas Salböl über Wilhelms Haupt entleert, so durchleuchtet Bülow Haupt und Herz des Gesalbten — der Leser mag urteilen, ob es nicht ans Wunderbare grenzt, wie Bülow trotz diesem seinem gemeingefährlichen Herrn das Reich vor Unheil bewahrt hat.

Hat er das wirklich? Rudolf Martin hat hier jüngst, in Nr. 275 des Hamburger Echo, bündig nachgewiesen, daß Bülow selbst dem Schiff den falschen Kurs gegeben hat. Er freilich wußte im Voraus dem Einwand zu begegnen. Nämlich: die Gefahrenzone (eines englischen Angriffs) war bereits passiert; denn die Tirpitzflotte stellte England vor ein ernstliches Risiko, England hätte Frieden halten müssen, aber das Auswärtige Amt hat „das Unheilsei des Ultimatums an Serbien ausgebrütet", durch Bethmanns Schuld saß kein einziger politischer Kopf im Auswärtigen Amt — das wäre unter Bülow nicht passiert, er hätte die rollende Kugel abgelenkt.

Zugegeben, daß Bülow diplomatisch Bethmann überlegen war; aber auch er hat — seine Denkwürdigkeiten klagen darüber — manchen unbrauchbaren Diplomaten hinnehmen müssen, der des Kaisers Mann. Und Fähige mußte er scheiden sehen, wenn des Kaisers Unmut auf sie gefallen war. So den Staatssekretär Marschall, weil er „hinter dem Rücken von S. M. gegen seinen Herrn Intrigen mit Zentrum und Demokratie gesponnen hatte". Intrigen? Je nun, Marschall hatte mit Politikern verhandelt, die der Kaiser haßte; Wilhelm äußerte zornig: „Es liegen Beweise vor, daß Marschall die Rechte der Krone verkürzen und ein parlamentarisches System etablieren wolle. Das verdiene Strafe."

Bülow glaubte nicht an „so teuflische Pläne"; statt die Parlamentsstellung zu verstärken und derart dem Kaiser ein Gegengewicht zu bieten, verließ er sich auf seine Kunst der Menschenbehandlung — und verdarb sich seine Stellung bei Wilhelm und im Parlament. Vergebens renomiert Bülow, wie klug er Wilhelm gelenkt und auch den deutschen Wähler so gekneket habe, daß der (Hottentotten-)Wahlsieg ihm zufiel. Der Ausgang der Affäre sollte doch auch Bülow gelehrt haben, daß es sich rächt, in großen Dingen schlau zu sein. Sehr schnell fiel die Hottentotten-Mehrheit auseinander, und Wilhelm jagte „das Luder" fort.

So rächte sich an Bülow seine Abneigung gegen die lebendigen Volkskräfte; seine Denkwürdigkeiten bestätigen das Urteil, das ich zu Bülows 80. Geburtstag am 3. Mai 1929 im Hamburger Echo aussprach: „Gerade Bülows Sättigung mit klassischer Kultur verdarb ihn als Staatsmann. Niebuhr, ein Vorgänger auf Bülows Amtsposten in Rom, hatte sich tiefer und ernster in das klassische Altertum versenkt, er aber erhielt sich den Sinn für Demokratie und erklärte, Dithmarschens Kampf um Bauernfreiheit sei für unser Volk wertvoller als die Kunst Roms."

Uebrigens erhält die Achtung vor Bülows Aesthetentum durch seine Denkwürdigkeiten einen Knax. Auch er ist dem Kitsch verfallen; was er über das Deutsche Eck von Koblenz und über Rheinromantik schreibt, ist durchaus würdig der Theatralik der Zeit Wilhelms II.

Zur wahren Größe des Staatsmannes gehört nach Bülow die Fähigkeit, einen griechischen Klassiker im Urtext lesen zu können. Banausen und Böotier sind Sozialdemokraten, die die humanistischen Lehranstalten gefährden. Sehr begreiflich, daß Bülow — an manchen Stellen als ein Thersites — Kanzler und Minister der Republik (auch die verdammte Republik hat den großen Mann nicht zurückgerufen!) herunterputzt, mit demselben Hochmut, den am Tag vor der Schlacht von Valmy die Offiziere des Braunschweigers den Offizieren des Revolutionsheeres entgegenbrachten, mit der gleichen Mißachtung, die Frankreichs Höf-

Copyright 1930 by Verlag J. H. W. Dietz Nachf., GmbH., Berlin.

Todeskampf der Freiheit

Von

Pietro Nenni

[6]

An dem Tage, wo die Nachricht von der Hinrichtung Ferrers in Spanien nach Italien kam, durchzuckten Entrüstung und Zorn die antiklerikale Bewegung des ganzen Landes. In Forli brachten die von Mussolini geführten Demonstranten eine Säule auf dem Marktplatze zu Fall, die ein Bild der Mutter Gottes trug.

Der künftige Diktator von Italien führte damals ein außerordentlich einfaches und ärmliches Leben. Er aß sich nicht jeden Tag satt und wies trotzdem eine ihm angebotene Gehaltserhöhung zurück, weil er „nicht mehr verdienen wolle als ein Arbeiter". Man hielt ihn für ein wenig verrückt. Er war scheu und einsam und liebte es, allein auf dem Lande herumzustreifen. In der Parteibewegung trat er als Gegner des Reformismus und des Parlamentarismus auf. Auch verbarg er es nicht, daß er sehr wenig Vertrauen auf die Gewerkschaften und Genossenschaften setzte, in denen seiner Ansicht nach die revolutionären Instinkte von den Interessen der Individuen oder der Gruppen verdrängt wurden.

Alles in allem galt er in seiner Partei als Eingänger und Individualist. Durch den Prozeß von Forli und dann durch den Parteitag von Reggio Emilia wurde er bekannt. Die revolutionäre Richtung hatte soeben die Mehrheit in der Partei erlangt. Es fehlte ihr an Führern, und Mussolini wurde zum Chefredakteur des Avanti berufen. Binnen kurzem eroberte er Mailand und dann die Partei.

5. Die Rote Woche und der Krieg

Im April 1914 hielt die sozialistische Partei ihren Parteitag in Ancona ab. Die Stadt war nicht sozialistisch. Die Republikaner waren in der Mehrheit, und die Anarchisten spielten eine bedeutende Rolle, besonders unter den Hafenarbeitern.

Es war nur wenige Monate vor dem Krieg, dessen Vorzeichen niemand zu deuten vermochte. Unter den Linksparteien bestand eine Art Waffenstillstand. Der Kampf gegen den Militarismus stand im Vordergrund. Ich leitete damals in Ancona eine republikanische Wochenzeitung, den Lucifero, dessen Gründung in die Zeit des Risorgimento zurückreichte. Malatesta, der große anarchistische Revolutionär, hatte sich, aus dem Ausland zurückgekehrt, in Ancona niedergelassen. Schon seine bloße Anwesenheit hatte revolutionäre Bedeutung. Der kleine alte Mann, den die Last der Jahre schon gebeugt hatte, war das Urbild des Rebellen und Verschwörers. In seiner Jugend hatte er bei Aufständen Bakunins und Cafieros eine wichtige Rolle gespielt. Er hatte auch an jener Verschwörung von Benevent teilgenommen, die in der Geschichte der italienischen Landarbeiter eine der ersten sozialen Bewegungen darstellt. Er war ein kleiner, schmalschultriger Mann mit kurzem grauem Bart und außerordentlich lebhaften Augen. Malatesta verstand es, zu den Arbeitern zu sprechen, nicht als Künstler der Rede, nicht als Politiker, nur ganz einfach, wie ein Vater zu seinen Kindern spricht, mit schlichter, bezwingender Logik. Und der beständige Refrain seiner Reden waren die Worte: „Ihr werdet immer Sklaven sein, wenn ihr euch nicht zum Aufstand entschließt."

Es lag etwas in der Luft, das das Nahen entscheidender Zeiten ahnen ließ. Kein Monat verging ohne irgendeinen Zusammenstoß, oft mit tragischen Folgen, zwischen dem Proletariat und der Polizei. In allen Parteien kamen die extremen Richtungen zur Geltung.

Der Kolonialkrieg in Tripolitanien, der viel länger dauerte, als man vorausgesehen hatte, die wirtschaftliche Krise, die gewerkschaftlichen Kämpfe, das Erwachen der ländlichen Schichten, all dies bewegte das Land wie elektrische Ströme einen Körper.

Neues Blut floß den Adern der Parteien und Organisationen zu. Die Veteranen der ersten Kämpfe wurden durch junge Leute ersetzt. Von den Universitäten bis zu den Werkstätten spürte man überall eine Wiedergeburt des revolutionären Geistes. Der Giolittismus auf der einen, der parlamentarische Reformismus auf der andern Seite waren flügellahm geworden. Man hatte genug von Kompromissen, genug von den Korridorintrigen, man wollte den Kampf.

Verschiedene Umstände hatten zur Schaffung dieser Stimmung beigetragen; die Haltung des Avanti unter Mussolini hatte zweifellos wesentlichen Einfluß ausgeübt.

Kaum war dieser moderne Barbar in Mailand eingebrochen, so hatte er sich daran gemacht, seinen Traum zu verwirklichen: er wollte die Straße erobern, die bis jetzt den Syndikalisten und Anarchisten gehörte. Jetzt wurde ihm sein Eingängertum zur Stärke. Außer seiner nächsten Umgebung hatte er weder Beziehungen noch Freundschaft. Zwischen ihm und der offiziellen Welt, der Welt der Bourgeoisie, lag ein Abgrund. Er kannte keinerlei gesellschaftliche oder persönliche Rücksichtnahme, ebensowenig wie er gefühlsmäßige Hemmungen kannte. Er liebte das Volk nicht. Er gehörte zu ihm, was durchaus nicht dasselbe sagen will. In den Arbeitern, mit denen er sprach, sah er keine Brüder, sondern eine Macht, ein Mittel, dessen er sich bemächtigen wollte, das er sich dienstbar machen wollte, um die Welt umzukehren. Wenn er vor einem jener Restaurants oder Luxushotels vorbeiging, die durch ihr Licht und ihre Pracht blenden, so verzerrte sich sein Gesicht. Er hatte ein Grauen vor Bettlern, die waren ihm gleichsam das Symbol der Ergebung. Obwohl er einen gewissen mystischen Fonds hatte, vielleicht von der Mutter her, so war er in leidenschaftlicher Weise antireligiös, weil er in der Religion das Opium der Völker sah.

So sehen wir ihn an die Eroberung Mailands gehen, nachdem er sein heimatliches Dorf verlassen hat. Aber die Hauptstadt der Lombardei hatte ihre Idole, und es war nicht leicht, sie zu ersetzen.

Filippo Turati, den zur Flucht in die Verbannung gezwungen zu haben eine Schande der Diktatur ist, war der allgemein geliebte und geachtete Führer der gemäßigten und legalitären Richtung des Sozialismus. Im Parlament wie im ganzen Lande genoß er ein ungeheures Prestige. Die sozialistische Partei, zu deren Begründern er gehörte, vergaß es ihm nicht, daß er in den Tagen der Reaktion, 1894 und 1898, tapfer standgehalten hatte. Weder das Kriegsgericht noch das Gefängnis hatte seinen Mut gebrochen. Aber die Demokratisierung des Staates und das aufgezwungene Wahlrecht hatten ihn zu der Ueberzeugung gebracht, daß sich nunmehr der Kampf im Rahmen der Gesetzlichkeit abspielen müsse.

(Fortsetzung folgt.)

Aus dem Inhalt

Politik und allgemeiner Teil:
Heute Eröffnung des Reichstags.
Vor einem Metallarbeiterstreik in Berlin.
Bülows Selbstentblößung.
Gegen Diktatur und Faschismus — für Demokratie und Arbeiterrecht.
Einheitliche Front gegen Sozialreaktion.
Tagesbericht:
Der Hafen wächst.
Schweres Schiffsunglück vor dem Nordostseekanal.
Die Republik ist eine Macht.
Ein durchsichtiges Manöver.
Einweihung des Hauses der Jugend in Altona.
Kunst und Wissenschaft:
Hamburger Kunstausstellungen.
Feuilleton:
Zeugwäscherei.
Aus aller Welt.
Arbeitersportrundschau